



Programm zur EU-Wahl 2024

WOHNEN STATT KANONEN

Damit sich was ändert!

DIESMAL



KPÖ

GÜNTHER HOPFGARTNER

kpoe.at

KPO

Kommunistische Partei Österreichs
Drechslergasse 42, 1140 Wien
info@kpoe.at



Mitglieder der KPÖ bei der Parteikonferenz im Herbst 2023 in Graz.

LIEBE BÜRGERIN, LIEBER BÜRGER

Die EU beeinflusst unseren Alltag entscheidend: ob unsere Bahnen öffentlich organisiert sind, oder dazu da sind, um Profite zu machen, was wir essen und nicht zuletzt, ob Unsummen für Kriege oder nützliche Dinge wie Wohnen ausgegeben werden, entscheidet sich in Brüssel. Wir treten auf allen politischen Ebenen für die Interessen der Menschen ein, die es sich nicht richten können.

Wir treten dafür ein unsere Grundbedürfnisse nicht den Profitinteressen einiger weniger auszuliefern. Was wir zum Leben brauchen, Wohnen, Energie, Gesundheit und eine lebenswerte Umwelt, müssen wir gemeinschaftlich und entlang unserer Bedürfnisse organisieren.

Gegen das Europa der Konzerne

Das steht aber im krassen Widerspruch zu den EU-Verträgen. In ihnen ist die neoliberale Ideologie tief verankert. Sie werden von den Reichen und Konzernen genutzt, um Privatisierungen, Kürzungen und Deregulierungen durchzusetzen und zu rechtfertigen. Statt Europa auf Augenhöhe zu vereinigen, werden die einzelnen Länder in Konkurrenz zueinander gesetzt und die Dominanz der großen Länder Kerneuropas festgeschrieben. Die Mächtigen haben die EU-Verträge nach ihren

Interessen und Bedürfnissen geschrieben und sie wollen nicht, dass sich das ändert. Darum haben sie dem EU-Parlament auch nur beschränkte Möglichkeiten gegeben.

Demgegenüber verteidigen wir Handlungsräume für demokratische und soziale Politik auf nationalstaatlicher und lokaler Ebene. Wir treten dafür ein, Europa auf ein neues und demokratisches Fundament zu stellen, das Politik im Interesse derer, die es sich nicht richten können, ermöglicht.

Frieden und Neutralität

Als einzige Partei entscheiden wir uns nicht für eine Seite des Sterbens, sondern treten ein für Frieden und Neutralität. Die zunehmenden kriegerischen Konflikte, ob in der Ukraine, oder in Nahost, werden nicht durch mehr Waffen und Aufrüstung gelöst. Im Gegenteil: Milliarden für neue Panzer und Bomben fehlen nicht nur in anderen Bereichen, sie heizen die globalen Gewaltspiralen weiter an. Wir treten stattdessen für ein Ende der Kriegslogik an. Das kann nur gelingen, wenn es auch neutrale Länder gibt, die sich nicht am Säbelrasseln der Großmächte beteiligen. Daher verteidigen wir die Neutralität Österreichs und bekämpfen die Militarisierung der EU. Statt auf den Krieg setzen wir auf

aktive Friedenspolitik.

Helfen statt Kassieren

Wir werden gemeinsam mit den fortschrittlichen, linken und kommunistischen Parteien der Europäischen Linken und der Linksfraktion im Europäischen Parlament für unsere Forderungen kämpfen. Die Wahrheit ist aber, auch mit den besten Wahlergebnissen werden wir nur einen Bruchteil davon umsetzen können. Was wir Ihnen aber schon jetzt versprechen können: unsere Mandatar:innen werden nach ein paar Wochen Wahlkampf nicht für fünf Jahre mit hoher Gage und gutem Essen in Brüssel verschwinden. Für uns gilt auch in Brüssel, was für uns in Graz und Salzburg gilt: Helfen statt Kassieren. Unsere gewählten Mandatar:innen werden sich von den über €9.000 Gehalt nur einen durchschnittlichen Facharbeiter:innenlohn einbehalten und der Rest fließt in einen Sozialtopf, um Menschen in Notlagen zu

unterstützen und solidarische Projekte aufzubauen. So stellen wir sicher, dass unsere Mandatar:innen am Boden bleiben.

Den Menschen zuhören, nicht den Lobbys

Anders als die der anderen Parteien, werfen sich unsere Abgeordneten in Brüssel nicht den Lobbyisten an den Hals. Wir sind in Österreich unterwegs, um zuzuhören, welche alltäglichen Probleme es gibt, und diese Anliegen nach Brüssel zu tragen. Dort werden wir genau darauf schauen, was die Konzerne und ihre Lobbyisten treiben und diese Machenschaften aufdecken. Für uns gilt: wir gehen nach Brüssel, damit die drinnen wissen, was draußen los ist – und damit Sie alle wissen, was dort drinnen passiert.

Damit sich was ändert: KPÖ!



Vielen Dank für Ihr Interesse und Ihr Vertrauen.

Ihr Günther Hopfgartner
Spitzenkandidat zur EU-Wahl
Kommunistische Partei Österreichs

INHALT

1. Frieden & Neutralität	7
2. Teuerung & Krise	12
3. Wohnen	16
4. Klima & Ökologie	20
5. Pflege & Gesundheit	25

1. FRIEDEN & NEUTRALITÄT

Krieg in der Ukraine, im Nahen Osten und Kurdistan, zunehmende Spannungen zwischen den Supermächten: Die Logik des Krieges und der Zerstörung nehmen massiv zu. Zermahlen werden dazwischen die Menschen, die in den Kriegen sterben, unsere Demokratie und Neutralität, unsere sozialen Rechte und nicht zuletzt die Mittel für den sozialen und ökologischen Umbau unserer Wirtschaft.

Die mediale Berichterstattung über aktuelle Kriege übernimmt unhinterfragt die militärische Logik. Forderungen nach Aufrüstung, Waffenlieferungen, und eine Absage an den Frieden sind täglich zu hören. Wie bei einem Fußballmatch wird darüber diskutiert, wie die bevorzugte Seite einen Krieg „gewinnen“ kann und wie dieser „Sieg“ aussehen soll.

Kriege werden auch hierzulande genutzt, um die Menschen zu spalten. Die Herrschenden verlangen von uns ein Bekenntnis für eine Seite des Sterbens. Für uns als KPÖ ist klar: in den Kriegen der Mächtigen haben die Völker nichts zu gewinnen. Wir stehen an der Seite der Opfer dieser Kriege, egal auf welcher Seite der Front. Wir sind die einzige Partei, die konsequent für Frieden und Neutralität eintritt.

Ausgehöhlte Neutralität

Von den Herrschenden in Europa wird die EU regelmäßig als das größte „Friedensprojekt“ der europäischen Geschichte gefeiert. Ein genauer Blick zeigt aber: Die Entwicklung der EU verschärft im Inneren den Gegensatz zwischen den Staaten des Zentrums und der Peripherie. Gleichzeitig schreitet die Militarisierung der EU voran. Der Krieg in der Ukraine, die Eskalation im Nahen Osten und andere sich verschärfende geopolitische Widersprüche werden für eine beispiellose Aufrüstungspolitik genutzt. Für uns als KPÖ ist aber klar, eine militärische Supermacht EU wird keinen Beitrag zum Frieden in der Welt leisten. Es gilt die Logik des Krieges, die die Welt in den Abgrund zu stürzen droht, zu durchbrechen.

Die österreichischen Regierungen der letzten Jahrzehnte haben nichts gegen die Militarisierung der EU unternommen, obwohl sie durch die Verfassung an die immerwährende Neutralität Österreichs gebunden sind. Rhetorische Bekenntnisse zur Neutralität hört man von Politiker:innen fast aller Parteien, in der Praxis gibt es aber keinen Widerstand gegen die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“. Das

EU-Parlament ist in seinem Einfluss auch in diesem Bereich beschränkt. Die österreichische Neutralität braucht aber auch in Brüssel eine konsequente Stimme. Diese Stimme kann nur die KPÖ sein.

EU-Militarisierung und NATO-Annäherung

Beim EU-Beitritt wurde der Bevölkerung versprochen, dass sich an den „sicherheitspolitischen Besonderheiten“ der neutralen und bündnisfreien Länder nichts ändern wird. Dennoch haben alle österreichischen Bundesregierungen seitdem die Integration Österreichs in die militärischen Strukturen der EU und die Annäherung an die NATO betrieben. Alle Parteien, die in den letzten 30 Jahren Teil der Bundesregierung waren, haben diesen Kurs verfolgt.

Österreich ist 1995 unter der SPÖ/ÖVP-Koalition der NATO-„Partnerschaft für den Frieden“ beigetreten. Es beteiligt sich an den EU-Battlegroups, an der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit „PESCO“, an Sky-Shield und der sogenannten „Friedensfaszilität“, welche sich ironischerweise primär damit beschäftigt, Waffenankäufe abzuwickeln und unter FPÖ-Verteidigungsminister Kunasek wurde 2019 eine Kooperation mit dem US-Militär beschlossen.

Gesetzliche Grundlagen der Neutralität wurden aufgeweicht um freie Hand für Auslandseinsätze auch ohne UNO-Mandat zu bekommen.

Das Bundesheer wird „bündnisfit“ gemacht. Das bedeutet teure Aufrüstung, während das Geld für leistbares Wohnen, Gesundheit, Pflege oder Bildung bitter fehlt.

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine wurden die Rüstungsausgaben in ganz Europa massiv erhöht. Der Druck durch EU und NATO, die Rüstungsausgaben zu erhöhen, steigt. Die amtierende Kommissionspräsidentin Ursula Von Der Leyen will sogar einen eigenen Kommissar für Verteidigung und Rüstung einführen. Die Kosten für diese Subventionen an die Rüstungskonzerne zahlen wir alle. Geld, das in die Rüstung fließt, fehlt in anderen Bereichen schmerzlich. „Sky-Shield“ wird allein Österreich mindestens 2 Milliarden Euro kosten, für 1,8 Milliarden werden neue Panzer gekauft.

Europa will Stärke zeigen, vor allem gegen Russland. Gedanken darüber, wie ein friedliches Europa in Zukunft aussehen soll, scheint sich in Brüssel niemand zu machen, und dass, obwohl sich eine deutliche Mehrheit in Europa für Friedensverhandlungen ausspricht.

Aufrüstung tötet

Waffen werden gebaut, um Menschen zu töten. Der Krieg droht unsere demokratischen Gesellschaften zu zerstören - selbst dann, wenn bei uns noch gar nicht geschossen wird. Rüstung und Militär sind wesentliche Produzenten von klimaschädlichen Emissionen und Krieg verseucht Boden, Wasser und

Luft auf Jahrzehnte. Die Mittel, die in die Rüstungsindustrie fließen sind enorm, sie fehlen bei Klimaschutz, Infrastruktur, Bildung, Sozialem und Gesundheit. Krieg bedeutet das Versagen der Politik. Betroffen sind in erster Linie Menschen, die über wenig Mittel verfügen und von Teilhabe ausgeschlossen sind, überwiegend Frauen. Bilder von Krieg sind allgegenwärtig geworden, verrohen und befördern Gewalt in den Beziehungen. Krieg bedeutet auch, dass einige wenige reicher werden, während Millionen Menschen ihr Leben und ihre Lebensgrundlage verlieren.

Tödliche Grenzpolitik

Ihren tödlichen Charakter zeigt die Militarisierung der EU nicht zuletzt an den Außengrenzen. Die Angriffe auf das Asylrecht setzen sich durch eine aggressive Abschottung gegenüber Geflüchteten fort.

Die europäische Außenpolitik ist von Doppelstandards geprägt. Auch wenn für Geflüchtete aus der Ukraine einige gute Maßnahmen für ihre Aufnahme in den EU-Ländern gesetzt wurden, bleibt ihnen der Zugang zu einem gesicherten Leben oft verwehrt. Für die meisten Menschen, die in Europa Sicherheit und Schutz suchen, sind aber nicht einmal mehr die allgemeinen Menschenrechte gewährleistet. Die Festung Europa führt jährlich zu tausenden Toten, während Europa selbst viel dazu beiträgt, dass Menschen ihre Heimat verlieren. Angesichts der

permanenten Krisen in der Welt, werden Menschen nicht aufhören Zuflucht in Europa zu suchen. Unsere Antwort darauf muss eine solidarische und gerechte sein. Menschenrechte gelten für alle, oder sie gelten gar nicht.

Glaubwürdige Neutralitätspolitik – gegen jede EU-Militarisierung

Um seine Glaubwürdigkeit als neutrales Land zurückzugewinnen, muss Österreich sich aus den militärischen Strukturen der EU zurückziehen und die Annäherung an die NATO zurücknehmen. Österreich muss, statt Fahnen zu hissen, sich aktiv mit Vermittlungsangeboten einbringen. Österreich braucht dafür eine eigenständige Außenpolitik und muss sich Verbündete für eine Friedenspolitik suchen. Darum halten wir am Einstimmigkeitsprinzip der EU in sicherheits- und außenpolitischen Fragen fest.

Österreich muss zu einer lauten Stimme für ein friedliches Europa werden. Noch gibt es auch andere neutrale und bündnisfreie Länder in Europa. Ein neutrales, friedliches Gegengewicht zum Europa der NATO, Generäle und Rüstungskonzerne ist dringend notwendig. Dazu braucht es eine starke Friedensbewegung in Österreich und in ganz Europa.

Neutralität bedeutet nicht, die Augen vor Konflikten und Ungerechtigkeiten zu verschließen, sie ist im Gegenteil eine große Chance, sich im Sinne

gerechter und friedlicher Lösungen einzubringen. Österreich ist ein kleines Land, trotzdem kann es einen großen Beitrag zum Frieden in der Welt leisten. Mitmarschieren bei Battlegroups oder sogar einer EU-Armee bewirkt aber das Gegenteil davon. Dialog, Diplomatie, friedliche Konfliktlösung und Versöhnung müssen das Zentrum unserer Außenpolitik werden.

Der Friede vermag alles

Die Abwesenheit von Krieg ist die Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Trotzdem gehört zu Friede noch viel mehr: Bildungschancen, Arbeit, soziale Sicherheit, demokratische Teilhabe, Geschlechtergerechtigkeit und eine intakte Umwelt. Nur wenn diese Punkte für alle Menschen verwirklicht sind, kann Frieden stabil sein.

Deshalb treten wir als KPÖ ein für:

1. Mehr Neutralität in Europa

Wir treten für die Beibehaltung der immerwährenden Neutralität auch innerhalb der EU ein, denn nur so können wir vermeiden, dass Österreich Teil der Kriegslogik wird und als friedensstiftende Kraft auftreten kann. Das bedeutet, dass wir die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik entschieden ablehnen, denn

es darf nicht sein, dass über unsere Köpfe hinweg die Neutralität weiter ausgehöhlt wird. Ebenso treten wir für den Rückzug aus militärischen Bündnissen, wie PESCO und der NATO-Partnerschaft und die Rücknahme des von Schwarz-Blau beschlossenen »Truppenaufenthaltsgesetzes 2001«, dass den Durchmarsch von NATO-Truppen durch Österreich ermöglicht, ein. Zudem lehnen wir die Teilnahme an internationalen Einsätzen ohne UN-Mandat entschieden ab.

2. Keinen europäischen Kriegskommissar

Die KPÖ setzt sich entschieden gegen die Einführung eines EU-Rüstungs- und Verteidigungskommissars ein, wie er aktuell von der Kommissionspräsidentin diskutiert wird. Die EU ist keine Militärunion und darf auch keine werden. Die Einführung eines Verteidigungskommissars wäre ein Angriff auf alle neutralen Länder innerhalb der EU und ist deswegen unbedingt zu verhindern.

3. Den Frieden fördern, nicht den Krieg befeuern

Waffenlieferungen in Kriegsgebiete und die Unterstützung von Kriegsparteien gehören unbedingt abgestellt. Stattdessen braucht es eine massive Aufstockung der Hilfe für die betroffene Zivilbevölkerung und den Ausbau der Kapazitäten zur zivilen Konfliktvermeidung und -vermittlung. Nur so können wir uns der fatalen Kriegslogik

entziehen und Menschen helfen, deren Leben durch den Krieg zerstört wird.

4. Asylrecht für Deserteur:innen und eine menschenwürdige Asyl- und Migrationspolitik

Anstatt Menschen in den Krieg zu hetzen, müssen wir all jenen, die sich weigern für ihre Herrschenden zu sterben in Europa einen sicheren Zufluchtsort bieten. Es braucht daher ein unmissverständliches Asylrecht für Deserteur:innen, egal ob aus Russland, der Ukraine oder der Türkei. Die Vorbedingung dafür ist, dass wir die weitgehende Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl durch die Reform des Gemeinsamen europäischen Asylsystems, wie sie aktuell von der rechtsextremen italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni in trauriger Eintracht mit europäischen Grünen durchgeführt wird, verhindern.

5. Ein atomwaffenfreies Europa

Im Zeitalter der Atomwaffen drohen militärische Konfrontationen zum nuklearen Vernichtungskrieg zu eskalieren, daher setzen wir uns für ein atomwaffenfreies Europa und eine atomwaffenfreie Welt ein.

2. **TEUERUNG** **& KRISE**

Die Krisen der vergangenen Jahre setzen uns alle stark unter Druck. Die explodierenden Preise für Lebensmittel, Energie und Wohnkosten zehren massiv am Geldbeutel. Die Arbeitslosigkeit steigt, Jobs werden unsicher. Die neoliberale Politik der EU hat die Grundversorgung und Infrastruktur vieler Mitgliedsländer ausgehungert, während die Politik der Europäischen Zentralbank absichtlich darauf abzielt, durch hohe Zinsen die Arbeitslosigkeit zu erhöhen und so hofft die Inflation einzubremsen.

Schrankenlose Märkte ermöglichen Spekulationen, treiben Preise hoch und schaffen Ungleichheiten. Diese Entwicklung belastet den Alltag vieler Menschen in der gesamten EU massiv. Die Agrar- und Handelspolitik der EU ist verheerend, sowohl für Menschen im globalen Süden als auch für Kleinbäuerinnen und -bauern innerhalb der EU, Konsument:innen und nicht zuletzt für die Beschäftigten. Die Gewinner:innen der Krise können es sich richten und in Brüssel lobbyieren, während es für den Großteil der Bevölkerung schlechter wird.

Soziale Gerechtigkeit statt neoliberaler EU

Wohlstand wird von uns allen erarbeitet – in Betrieben, in Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, am Bau, in der Verwaltung oder auch daheim ohne Arbeitsvertrag. Aber der Wohlstand ist sehr ungleich verteilt – von seit Jahren sinkenden Reallöhnen, Sorge um den eigenen Arbeitsplatz, zwangsläufiger Teilzeitarbeit, befristeten Arbeitsverträgen, Scheinselbstständigkeit sind immer mehr Beschäftigte betroffen – immer zuerst Frauen!, deren pensionswirksames Arbeitseinkommen grundsätzlich immer noch nur 62% des Männer-Einkommens beträgt und die außerdem den Löwenanteil unbezahlter Sorge- und Erziehungsarbeit leisten. Wir kämpfen für soziale Gerechtigkeit über Grenzen hinweg.

Die Preise müssen runter! Mit menschlichen Grundbedürfnissen dürfen keine Profite gemacht werden. Wohnen, Energie, Nahrung und Mobilität müssen für alle kostengünstig zugänglich sein. Die Hochzinspolitik durch die EZB, die Wohnkredite verteuert und langfristig zu mehr Arbeitslosigkeit führt, muss enden. Wir kämpfen für die Rücknahme des neoliberalen Umbaus

in Europa. Langfristig brauchen wir eine demokratische Wirtschaft, in der für die Menschen und nicht für Profite produziert wird. Der Reichtum, den wir produzieren, soll uns allen zugutekommen, nicht Eigentümern und Manager:innen.

Daher wollen wir als KPÖ:

1. Schluss mit europaweitem Lohn-dumping! Gute Arbeitsbedingungen und Löhne für alle und geschlechtergerechte Aufteilung und Aufwertung der Sorgearbeit

Die KPÖ fordert höhere Löhne und Gehälter und bessere Arbeitsbedingungen für alle in der EU. Dafür braucht es im Sinne der neuen EU-Mindestlohnrichtlinie höhere Mindestlöhne in der EU und eine bessere Kollektivvertragsabdeckung in den EU-Staaten. Gewerkschaften müssen gestärkt und die betriebliche Mitbestimmung ausgebaut werden.

Die KPÖ setzt sich gegen Ausbeutung am Arbeitsplatz und für ein Ende von prekärer Scheinselbstständigkeit, egal ob bei Paketzusteller:innen oder 24-Stunden-Betreuer:innen, die häufig aus ärmeren Ländern nach Österreich kommen, ein. Wir fordern Lohn-dumping konsequent zu bekämpfen und auch kurzfristige Entsendungen von Arbeitskräften gerecht zu entlohnen. Durch die Neubewertung von mehrheitlich von Frauen ausgeübten Berufen muss die eklatante Gehälterdifferenz ausgeglichen werden. Alle

haben das Recht auf einen sicheren, unbefristeten und sozialversicherten Arbeitsplatz und eine gerechte Entlohnung. Die KPÖ kämpft für kürzere Arbeitszeiten und einen höheren Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.

Als KPÖ treten wir für existenzsichernde Pensionen ein und wehren uns entschieden gegen den Druck aus Brüssel, das Pensionsantrittsalter anzuheben und unser solidarisches Pensionssystem dem Kapitalmarkt auszuliefern.

2. Rücknahme des neoliberalen Umbaus, Nein zu neuen Privatisierungen und Liberalisierungen

Wir kämpfen gegen das Europa der Konzerne. Die KPÖ fordert die Regulierung des Energiemarkts. Der europäische Strommarkt muss neu gestaltet werden, um faire Preise sicherzustellen und die Kosten für die Menschen zu senken. Als ersten Schritt muss Strom runter von den europäischen Börsen, wo das teuerste Kraftwerk den Strompreis bestimmt.

Wir kämpfen gegen die weitere Liberalisierung und Privatisierungen in der öffentlichen Infrastruktur, z.B. bei der Bahn. Staaten und Gemeinden müssen die Möglichkeit haben, bereits erfolgte Liberalisierungen und Privatisierungen wieder zurückzunehmen. Wenn der Staat einkauft oder investiert, müssen soziale und ökologische Kriterien die wichtigsten sein, nicht der Wettbewerb nach unten und die Steigerung von Profiten.

3. Ein solidarisches europäisches Stromnetz statt Merit-Order

In Europa gibt es ausreichend Quellen für eine eigenständige Energieversorgung. Der Mix aus erneuerbaren Energien kann die Energieversorgung Europas aber nur im Rahmen eines solidarischen europäischen Stromnetzes sichern, das Versorgungsengpässe überbrückt. Anstelle des Merit-Order Systems, indem immer das teuerste Kraftwerk den Strompreis bestimmt, muss Strom zum jeweiligen Erzeugerpreis abgegeben werden. Anstelle privater Profite, steht so die Versorgungssicherung von uns allen im Mittelpunkt. Mittelfristig gilt es, die Stromversorgung zu demokratisieren, das heißt unter öffentliche Kontrolle zu stellen, Grundbedürfnisse dürfen nicht dem Chaos der Märkte überlassen werden.

4. Das Geld ist da: Für ein soziales und ökologisches Europa

Nach der Krisenbekämpfung der letzten Jahre steigt die Gefahr, dass die Kürzungspolitik in Europa bald wieder auf der Tagesordnung steht. Die KPÖ kämpft gegen überholte und antisoziale Austeritätspolitik, die im Süden Europas, aber auch in Osteuropa in den letzten Jahren zu massiver Verelendung geführt hat. Die aktuelle Reform der Maastricht-Kriterien bringt keine Verbesserungen. Statt der Beschneidung unserer Demokratie durch Kürzungsregeln, braucht es Vorgaben für die Investition in die soziale und ökologische Transformation. Geld

dafür ist da. Die EZB soll Zinspolitik für die Massen, nicht für die Banken machen.

5. Eine andere Welt ist möglich: EU-Mercosur-Freihandelsabkommen stoppen!

Die Handelspolitik der EU ist desaströs. Konzerne werden durch neoliberale Freihandelsabkommen gefördert und die Lebensgrundlagen der Menschen im globalen Süden zerstört, während der Druck auf Kleinbauern- und Bäuerinnen und Beschäftigte steigt. Daher fordern wir den Stopp aller stattfindenden Verhandlungen für neoliberale Handels- und Investitionsabkommen. Die KPÖ kämpft für die Ausweitung von Arbeitsrechten, einen Ausbau des Klimaschutzes und eine Stärkung der Zivilgesellschaft.

Konzerne innerhalb der EU müssen gezwungen werden, entlang ihrer Lieferketten für faire Arbeitsbedingungen und Entlohnung sowie ökologisch nachhaltige Produktion zu sorgen. Die EU-Landwirtschaftspolitik darf nicht die Existenz von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in anderen Staaten zerstören. Als eine der reichsten Weltregionen kann sich die EU eine Entwicklungszusammenarbeit, die diesen Namen auch verdient, leisten, um Gesellschaften des globalen Südens solidarisch und ohne neokoloniale Beziehungen zu fördern.

6. Die Reichen zur Kasse bitten und Übergewinne zurückholen

Die KPÖ setzt sich für EU-weite höhere Mindeststeuersätze für Unternehmen und die Schließung von Steuerschlupflöchern ein. Wir setzen uns gegen Spekulationen ein und fordern eine europaweite Finanztransaktionssteuer. Der Lobbyismus der Konzerne in Brüssel muss zurückgedrängt und scharf kontrolliert werden. Springt der Staat in der Privatwirtschaft mit Subventionen ein, muss dies mit mehr öffentlichem Mitspracherecht und Vergemeinschaftung einhergehen.

Zudem setzen wir uns für Maßnahmen ein, die die Übergewinne der Krisengewinner abschöpfen. Insbesondere von den Banken, deren Profite aufgrund der Zinswende explodieren, holen wir uns das Geld zurück. Die KPÖ setzt sich für eine europaweite Reichensteuer und ein Vermögensregister ein.

3. **WOHNEN**

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Es ist an einen festen Ort gebunden, auch wenn heute Erwerbsbiografien immer öfter Wechsel des Lebensmittelpunkts verlangen. Kein Grundbedürfnis ist auf den ersten Blick so lokal wie das Wohnen – was hat es also mit der Europäischen Union zu tun?

Die Wohnsituation verschlechtert sich international. Gegenüber den Jahren vor der Pandemie steigen die Mieten dreimal so schnell. 2022 war das weltweite Rekordjahr der Mieterhöhungen, gefolgt von 2023 und 2021. Die Situation für Mieterinnen und Mieter wird zunehmend untragbar, für viele ist sie das schon längst. Transnationale Unternehmen, Banken und Immobilien-Konzerne wie die Vonovia (der heute die ehemals im öffentlichen Eigentum befindliche BUWOG gehört) haben immer größeren Einfluss auf den Mietmarkt und gefährden das leistbare Wohnen für alle. Nach der Finanzkrise 2008 und den Folgejahren hat das internationale Kapital Wohnen als profitable und sichere Anlage-sphäre entdeckt.

Die Spekulation auf steigende Eigentumspreise verbaut vielen Mietwohnungen die besten Baugründe. Steigende Eigentumspreise bedeuten steigende Mieten. Stagnieren die Eigentumspreise, steigt der Druck

auf die Mieten jedoch noch mehr, um Spekulationsgewinne abzusichern. Gegen diese internationalen Tendenzen ist die Europäische Union aufgerufen, gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen.

Wettbewerb ums Wohnen

Aber Verträge der Europäischen Union sind selbst ein Hindernis für leistbares Wohnen. Derzeit unterliegt die Wohnungspolitik innerhalb der Europäischen Union dem Wettbewerbsrecht. Das steht im Konflikt mit der Europäischen Grundrechtecharta, die Wohnen zum Menschenrecht erklärt. Daseinsvorsorge und Profitlogik passen nicht zusammen.

Wohnen ist ein Bedürfnis, das weder zeitlich noch örtlich besonders flexibel ist. Das allein zeigt, dass Angebot und Nachfrage kein sinnvoller Mechanismus sind, um Wohnen für alle zu ermöglichen.

Das europäische Wettbewerbsrecht verbietet etwa staatliche Förderungen die wettbewerbsverzerrend sind. Der öffentliche Wohnbau soll laut EU-Kommission Wohnbau für die niedrigsten Einkommensschichten sein – ein öffentlicher Wohnbau als dominante Form des Wohnens für alle ist nicht angestrebt. Während auch auf

europäischer Ebene das Recht auf Privateigentum einklagbar ist, gilt das für soziale Rechte wie das Recht auf Wohnraum nicht. Das schwächt das Menschenrecht auf Wohnen gegenüber den Interessen der Spekulant:innen.

Dieses Menschenrecht wird für die Mieterinnen und Mieter deshalb im Interesse der Vermieter:innen ausgelegt. Der Artikel 34 (3) der EU-Grundrechtecharta (2010) besagt: "Um die soziale Ausgrenzung und die Armut zu bekämpfen, anerkennt und achtet die Union das Recht auf eine soziale Unterstützung und eine Unterstützung für die Wohnung, die allen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen, ein menschenwürdiges Dasein sicherstellen sollen." Finanzielle Zuwendungen, die Mietpreise des privaten Wohnungsmarktes zu bezahlen, sind zulässig. Obergrenzen der Mieten oder gar die Dominanz öffentlichen Wohnbaus zur Sicherstellung dieses Rechts auf Wohnen sind nicht vorgesehen. Daraus folgt die ständige Umverteilung von unten nach oben.

Wohnen als Grundrecht

Die Bevorzugung des Wettbewerbsrechts gegenüber dem Menschenrecht auf Wohnen bedeutet, dass ein offensiver öffentlicher Wohnbau in Konflikt mit europäischem Recht geraten kann. Der massive Ausbau des öffentlichen Wohnbaus im Wien der Zwischenkriegszeit wäre heute so nicht mehr möglich. Die Strategie damals war,

den privaten Wohnungsmarkt zu verdrängen und mittels Luxussteuern und offensivem kommunalen Wohnbau einen breiten Teil des Marktes für Wohnen in öffentliche Hand zu überführen. Heute würde eine solche Politik allzu rasch mit den bestehenden EU-Regeln in Konflikt geraten.

Deshalb ist es für leistbares Wohnen von entscheidender Bedeutung, auch auf europäischer Ebene eine starke Stimme für die Mieterinnen und Mieter zu verankern. Wir wollen das Wohnen dem Wettbewerbsrecht entziehen, eine europäische Strategie für öffentlichen Wohnbau, der den sozialen und ökologischen Anforderungen unserer Zeit genügt, ein europaweites Vorgehen gegen den Ausverkauf des Wohneigentums an transnationale Konzerne und EU-Vorgaben, wie das Menschenrecht auf Wohnraum in allen europäischen Ländern einklagbar wird.

Daher tritt die KPÖ ein für:

1. Recht auf Wohnen garantieren

Wohnen ist ein Grundrecht – das muss sich auch in den europäischen Verträgen widerspiegeln! Die Not, leistbaren Wohnraum zu finden, betrifft immer mehr Menschen. Mit dem Grundrecht auf Wohnen erwächst ein Rechtsanspruch auf Wohnraum, der sich nach Bedarf und Bedürfnis der Einzelnen richtet. Das beinhaltet Lage, Größe, Ausstattung und Wohnkosten. Es soll ein zeitgemäßes Wohnen sein, das ökologischen, technischen, stadtplanerischen und selbstredend menschlichen Anforderungen gerecht wird. Unter Wohnkosten verstehen wir die Summe von Miete, Energiekosten, Versicherungen und Betriebskosten. Unser Ziel ist, dass die Wohnkosten für niemand höher sein müssen als ein Viertel des monatlich zur Verfügung stehenden Budgets. Das Grundrecht auf Wohnen stellt sicher, dass aus wohn- und sozialpolitischen Forderungen Fakten werden.

2. Mieten deckeln

In den letzten Jahren sind aufgrund der Inflation die Mieten explodiert. Die Steigerung der Mieten erzeugt immer mehr Armut. Verpflichtungen aus den immer teureren Mieten ergeben sich für die Vermieter:innen keine. Wir fordern auf europäischer Ebene Voraussetzungen zu schaffen, die es allen Mieter:innen ermöglichen, nicht mehr als ein Viertel ihres monatlichen Budgets für ihr

Grundrecht auf Wohnen aufzuwenden. Dabei muss eine gute Wohnqualität gewährleistet sein.

3. Öffentlicher Wohnbau statt Wettbewerbsrecht

Damit das Recht auf Wohnen nicht leeres Wort bleibt, braucht es den entsprechenden Wohnraum. Dieser muss zum Großteil gemeinnütziger, öffentlicher Wohnbau sein. Öffentlicher Wohnbau ist nicht für das Auffangen der niedrigsten Einkommen da, sondern zur Gewährleistung von gutem Wohnraum für alle. Wohnen muss aus dem Wettbewerbsrecht ausgenommen werden, EU-weite Programme für öffentlichen Wohnbau müssen her.

Die Subventionierung von Wohnungseigentümer:innen durch Wohnbeihilfen muss mittelfristig dem Angebot öffentlichen Wohnbaus weichen. Langfristig ist das für den Staat und die Gemeinden kostengünstiger und wirkt der ohnehin voranschreitenden Umverteilung von unten nach oben entgegen. Jede Gemeinde muss über ein Kontingent an Wohnungen verfügen, das in Krisensituationen, schnell und unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden kann. Leistbarer Wohnraum ist eine Grundvoraussetzung für ein eigenständiges Leben und ist damit eine der Voraussetzungen, um Frauen zu ermöglichen aus Gewaltbeziehungen auszubrechen.

Auch junge Menschen, die ein eigenständiges Leben beginnen wollen, brauchen leistbare Wohnungen. Wir

fordern weiters eine europäische Strategie dafür, Wohnraum aus privater Hand wieder in die öffentliche Hand zurückzuführen – neben dem Neubau lebenswerten Wohnraums muss auch die sozial verträgliche Verwaltung des bestehenden Wohnraums ins Zentrum europaweiter Wohnungspolitik rücken.



Die Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr und der Salzburger Vizebürgermeister Kay-Michael Dankl.

4. KLIMA & ÖKOLOGIE

Die Klimakrise ist längst in unserem Alltag angekommen. Wir alle nehmen die zunehmenden Extreme wahr. Die Ursache ist nicht individuelles Fehlverhalten, sondern der Kapitalismus. Es ist nicht die breite Mehrheit, die für die Klimakrise verantwortlich ist, sondern es sind die Reichsten und ihre Konzerne, die den Großteil der Emissionen verursachen – durch ihre Megayachten und Privatflugzeuge, aber auch weil sie es sind, die in den Konzernzentralen entscheiden, was und wie produziert wird. Es ist die kapitalistische Ökonomie, mit ihrem Wachstumszwang, mit ihrer Jagd nach den günstigsten Produktionsbedingungen, die die Emissionen in die Höhe treibt. Die globalen Handelsströme sind heute allein für ein Viertel der Emissionen verantwortlich. Dieses System ist nicht naturgegeben, sondern es wird abgesichert und vorangetrieben durch eine Vielzahl von Handels- und Investitionsabkommen. Westafrikanische Kleinbauern verlieren ihre Lebensgrundlagen durch die sogenannten “wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen” (EPA). Das angekündigte Handelsabkommen mit den südamerikanischen Staaten des MERCOSUR würde zu noch mehr Importen

an Futtermitteln nach Europa führen, während es umgekehrt die industrielle Basis Lateinamerikas schwächt. Das schadet dem Klima ebenso, wie einer nachhaltigen und ökologischen Landwirtschaft und zwingt Menschen ihr Zuhause zu verlassen, um überleben zu können.

Die Klimakrise verschärft Ungleichheiten, erzwingt Migration und gefährdet Frieden

Die Klimakrise verschärft dabei die bestehenden Ungleichheiten noch zusätzlich, sowohl innerhalb einzelner Regionen, als auch zwischen ihnen. Insbesondere die Länder des globalen Südens werden besonders hart von Klimakatastrophen getroffen, während die meisten Menschen dort wesentlich weniger Emissionen verursachen und den Staaten die Mittel fehlen, um die Folgen von Klimakatastrophen abzufedern. In einer immer heißeren Welt nehmen Konflikte um Ressourcen zu. Wer von Flucht spricht, darf daher über die Klimakrise nicht schweigen. Denn immer mehr Menschen verlieren ihre Lebensgrundlagen durch die

Klimakrise und ihre Folgen.

Aber auch innerhalb Europas verschärft die Klimakrise die Ungleichheiten. Die Klimaveränderungen durch Umweltzerstörung passieren heute und nicht erst in der nächsten Generation. Wenn wir verhindern wollen, dass Kriege künftig auch um basale Lebensgrundlagen wie Wasser und Lebensmittel geführt werden, müssen wir jetzt den Kurs ändern.

Die aktuellsten Berechnungen zeigen, dass in Europa die Temperaturen besonders stark steigen. Arbeit im Freien wird zunehmend zum gesundheitlichen Risiko und die Frage, ob man eine gut gekühlte Wohnung hat, wird zur Überlebensfrage und chronisch Kranke leiden besonders unter der zunehmenden Hitze.

Dabei sind es Frauen, die im Umgang mit den Folgen der Klimakrise im Gesundheitssystem, in der Sozialen Arbeit, in der Betreuung von Geflüchteten und vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen unterbezahlt und belastende Erwerbsarbeit leisten. Klatschen bringt keine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Nicht zu wenig, sondern die falsche Klimapolitik

Doch die herrschende Klimapolitik trägt nichts zur Lösung der Krise und ihrer Folgen bei. Im Gegenteil: die EU setzt auf die Aufrechterhaltung unserer bisherigen Produktions- und Wachstumsmodelle. Sie will nur – viel zu langsam – den CO2 Ausstoß dabei senken. Die Klimapolitik der EU, wie

sie im European Green Deal besteht, setzt dabei ganz auf die unsichtbare Hand des Marktes. Während es durch Anreize möglichst günstig werden soll, in “grüne” Technologie zu investieren, sollen durch CO2-Bepreisung jene Dinge teurer werden, die viele Emissionen verursachen. In dieser Logik ist es egal, ob jemand Emissionen verursacht, weil die Person mit dem Privatjet zum Shoppen nach Barcelona fliegt, oder in einer strukturschwachen Gegend mit dem Auto pendeln muss. Das ist ungerecht und reicht gleichzeitig nicht. Während sich die EU hohe Ziele beim CO2-Ausstieg setzt, hat uns die Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik der vergangenen Jahrzehnte gerade jener Werkzeuge beraubt, die wir brauchen, um die Klimakrise sozial gerecht zu bewältigen. Die Liberalisierung der Energiemärkte hat zu hohen Energiepreisen für uns und Superprofiten für Konzerne geführt, während gleichzeitig der Bahnverkehr immer weiter liberalisiert wurde und so eine öffentliche Verkehrswende erschwert. Gleichzeitig verschärft die herrschende EU-Politik bestehende Abhängigkeiten. Die Energiepolitik der EU-Institutionen geht nicht nur auf Kosten von Klima und Verbraucher:innen in Europa, sie finanziert auch Unterdrückung und Krieg. Die Euros aus der EU füllen die Kriegskasse der Oligarchen nicht nur in Russland: Seit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine vor rund zwei Jahren versuchen uns EU-Politiker:innen weiszumachen, dass es mit Katar, Aserbaidschan den

USA oder afrikanischen Ländern gute Alternativen zu russischem Gas gäbe. Ebenso wird bei der Energiewende auf günstige Rohstoffe aus dem globalen Süden gesetzt. Der globale Süden soll die Konsequenzen des Rohstoffabbaus tragen. Der Konflikt um knapper werdende Ressourcen heizt die globalen Konflikte und Kriege weiter an. Statt auf internationale Kooperation setzen die Herrschende auf Wettrüsten, um noch die letzten Ressourcen aus unserem Planeten zu quetschen. Doch Rüstung und Kriege verursachen selbst Unmengen an CO₂-Emissionen und beanspruchen Ressourcen, die wir für den Umbau unserer Gesellschaft benötigen.

Klima schützen und Grundbedürfnisse sichern

Wie man es dreht und wendet, Klimapolitik ist eine gigantische Aufgabe und die Klimapolitik wird uns alle ebenso betreffen, wie es die Auswirkungen der Klimakrise heute schon tun. Vor diesem Hintergrund treten wir für einen Kurswechsel in der Klimapolitik ein. Als KPÖ fordern wir nicht einfach mehr Klimapolitik, sondern wir stehen für eine grundsätzlich andere Klimapolitik. Eine Klimapolitik, die nicht nur die Emissionen rasch senkt, sondern unsere Gesellschaft dabei gerechter macht. Im Mittelpunkt steht für uns dabei der rasche Umbau unserer Wirtschaft, weg von dem kapitalistischen Profit- und Wachstumszwang hin zur Orientierung auf Grundbedürfnisse und der

Sorge umeinander.

Was wir zum Leben brauchen, müssen wir öffentlich organisieren: Jeder Mensch hat das Recht auf Wärme, gesunde Arbeits- und Wohnbedingungen und Mobilität. Unsere Energieversorgung dürfen wir nicht länger der Profitlogik überlassen, unsere Ernährung nicht den Agrarkonzernen und unsere Mobilität nicht der Autolobby. Damit ein gutes Leben für alle möglich ist, braucht es ein Wirtschaften, das unsere Bedürfnisse und die der Natur ins Zentrum rückt. Mehrheitlich von Frauen geleistete Sorgearbeit vielfach auch unbezahlt muss sichtbar und aufgewertet werden. Kapitalistische Politik hat uns die Situation gebracht, in der wir heute sind, sie kann nicht Teil der Lösung sein. Was wir brauchen ist nicht die Unterwerfung unter die Sachzwänge eines Marktes, sondern ein gemeinsamer Plan, der uns aus der fossilen Sackgasse befreit. Dazu braucht es die Einbindung der ganzen Gesellschaft, der Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Zivilgesellschaft.

Statt den Umbau dem Markt, den Konzernen und dem Lifestyle der einzelnen zu überlassen, begreifen wir Klimapolitik als gesellschaftliche und öffentliche Aufgabe, die darauf abzielt Ungleichheiten abzubauen, statt sie zu verschärfen.

Daher treten wir ein:

1. Für einen öffentlichen Energiesektor in den Händen der Gemeinden

Der Energiesektor sollte in öffentlicher Hand sein. Als KPÖ kritisieren wir, dass die Versorgung mit Wärme und Strom Privatkonzernen und ihrem Profitstreben überlassen wird. Stattdessen streben wir den Aus- und weiteren Aufbau kommunaler Energieversorgungsunternehmen an. Das stärkt die Gemeinden und ermöglicht die Einbindungen der Bürger:innen – ohne die eine Energiewende nicht möglich ist. Die Rolle europäischer Institutionen beim sozio-ökologischen Umbau des Energiesystems sollte es sein, dass sie strukturschwache Regionen in Europa beim Umbau unterstützen. Grüne Energie darf kein Privileg der Reichen sein.

2. Energiegrundsicherung statt Energiearmut

Der Bezug eines Grundkontingents an Energie für Licht und Wärme muss jedem privaten Haushalt kostenlos zur Verfügung stehen. Verschwendung soll über einen progressiv ansteigenden Preis über diesem Kontingent eingedämmt werden. Finanziert werden kann das über die Abschöpfung der Übergewinne der Energiekonzerne. Das Energiesystem muss durch einen geringeren Mengenverbrauch umwelt- und klimaverträglich werden. Dafür ist das System möglichst auf regionale Energiepotentiale auszurichten und

gesetzlich gegenüber Großkonzernen abzusichern. Das schafft auch regionale Arbeitsplätze und eröffnet demokratiepolitische Möglichkeiten der Mitsprache.

3. Öffentlichen Verkehr verteidigen und ausbauen

Die EU-Kommission will, dass Bahnlinien zukünftig nicht mehr direkt an öffentliche Bahnunternehmen vergeben werden können, sondern frei ausgeschrieben werden sollen. Dieser Liberalisierungswahn gefährdet unsere Bahnen. Die Direktvergabe muss möglich bleiben. Statt Konkurrenz zwischen Bahnen, muss die Bahn gegenüber dem klimaschädlichen Flugverkehr gestärkt werden. Ein erster Schritt dorthin ist ein europaweites Buchungssystem für Züge und die Förderung des Ausbaus zentraler Bahnkorridore.

4. Für eine nachhaltige und soziale Landwirtschaft

Eine vollständige Überarbeitung der europäischen gemeinsamen Agrarpolitik ist notwendig, um eine ökologisch und sozial nachhaltige Landwirtschaft zu schaffen. Förderungen für die Bewirtschaftung von extensiven Flächen müssen höher honoriert werden, und gleichzeitig umweltschädliche Bewirtschaftung unterbunden werden.

5. Klimaflucht anerkennen und Fluchtursachen bekämpfen

Europa hat als Kontinent, der als erstes industrialisiert wurde, eine historische Verantwortung. Daher muss die EU sich am Aufbau eines eigenen Asylsystems für Umweltflüchtlinge beteiligen. Wer durch die Folgen der Naturzerstörung seine Heimat verliert, muss eine sichere Heimat finden. Gleichzeitig muss alles getan werden, damit Menschen ihre Heimat nicht verlassen müssen. Das bedeutet einerseits eine Handelspolitik zu beenden, die Menschen die Lebensgrundlagen raubt, aber auch die nötigen Mittel bereit zu stellen, damit in den betroffenen Ländern Katastrophenschutz für alle ausgebaut werden kann. Dazu muss die EU sich intensiv in dementsprechenden Prozessen der UN beteiligen und für eine Aufstockung der Mittel für Loss and Damages – also der Mittel für durch die Klimakrise entstandenen Schäden – im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen eintreten.

6. Privatjets verbieten

Anstatt darauf zu setzen, dass jene, mit dem wenigsten Geld als erstes und am meisten verzichten müssen, gilt es bei denen anzusetzen, die die meisten Emissionen verursachen. Ein erster Schritt dorthin ist ein Verbot von Privatjets, mit denen die Reichsten vollkommen unnötig und übermäßig unser Klima zerstören. Begründete Ausnahmen, etwa für den Transport von Transplantationsorganen, sind selbstverständlich weiter möglich.

7. Stopp für Lebewesentransporte

Jedes Jahr werden eine Milliarde Hühner und fast 50 Millionen Rinder, Schweine und Schafe lebend über Grenzen transportiert. Das bedeutet unsagbares Tierleid und dient nur einer industriellen Landwirtschaft auf Kosten von Tier und Mensch. Wir treten daher für eine Begrenzung der maximalen Transportdauer von 8 Stunden, sowie ein generelles Exportverbot in Drittländer ohne ausreichende Tierschutzbestimmungen ein.

8. Kein Fracking in Europa

Auf der Jagd nach den letzten noch verbliebenen fossilen Energievorkommen wollen Konzerne auch in Europa Gas und Öl mittels Fracking aus dem Boden pressen. Diese Methoden sind besonders schädlich für das Klima und haben auch lokal gravierende ökologische Auswirkungen. Die KPÖ setzt sich daher für ein europaweites Verbot von Fracking, gegen die Erschließung neuer Gas- und Ölquellen und stattdessen für den öffentlichen Ausbau erneuerbarer Energiequellen ein.

5. PFLEGE & GESUNDHEIT

In der EU werden Gesundheit und Pflege zur Ware gemacht. Im Mittelpunkt stehen die Profite von Pharmaindustrie und privaten Investoren. Unter die Räder kommen so die Interessen von Patient:innen und den Menschen, die im Gesundheits- und Pflegebereich arbeiten. Statt das Grundbedürfnis nach guter medizinischer Versorgung und Pflege zu garantieren, unterliegt der Bereich den Regeln des europäischen Binnenmarkts und Wettbewerbsrechts.

Profite mit unserer Gesundheit schaden uns allen

Die engen Haushaltsvorgaben einer neoliberal orientierten EU führen zunehmend zu Versorgungsengpässen. So gibt die EU etwa vor, dass die Gesundheitsausgaben nicht stärker als die Wirtschaftsleistung wachsen sollen. Dadurch wurde das Wachstum der Gesundheitsausgaben in Österreich von knapp 5 Prozent (in den Jahren 1991 bis 2011) auf 3,2 Prozent bis ins Jahr 2021 reduziert. Knappe Mittel bedeuten eine schlechtere Versorgung von Patient:innen und schlechtere Arbeitsbedingungen für die Menschen, die im Gesundheits- und Pflegebereich

arbeiten – zu einem großen Teil Frauen und Migrant:innen. Auch die Ausbreitung von Wahlärzt:innen anstelle von Kassenpraxen wurde durch EU-Vorgaben angeheizt. Ganz im Sinne der vermeintlichen Wahlfreiheit wurde der “Markt” für Wahlärzt:innen vergrößert, indem Kassenstellen nicht mit dem Bedarf ausgedehnt wurden.

Vor diesem Hintergrund drängen zunehmend mehr private Investoren auf den “Markt”. Primärversorgungszentren sollen etwa für das Kapital ebenso attraktiv werden, wie der Pflegebereich indem sich transnationale Konzerne ausbreiten. Kein Wunder, denn allein in Österreich macht der Gesundheitsmarkt 40 Milliarden Euro aus. Was den Gesundheitssektor (wie auch schon den Pflegesektor) besonders interessant für private Investoren macht, ist das medizinische und pflegerische Versorgung immer gebraucht werden. Der Kostenersatz ist gesetzlich geregelt und sicher. Und nicht zuletzt machen Pharmakonzerne gigantische Profite mit Medikamenten, die wir für unsere Gesundheit brauchen. Obwohl viel Forschung an öffentlichen Institutionen passiert, sind es die Pharmakonzerne, die damit Profite schreiben.

Keine Profite mit unserer Gesundheit

Die Gesundheit von Patient:innen und Beschäftigten darf nicht dem privaten Profit dienen. Im Gegenteil, Gesundheit und Pflege müssen als öffentliche am Gemeinwohl orientierte Bereiche organisiert sein. Dabei gewinnen alle, außer den Aktionär:innen, die Patient:innen, ebenso wie die Beschäftigten. Es kann nicht sein, dass EU-Vorgaben die öffentlichen Gesundheitssysteme in einzelnen Mitgliedsstaaten untergraben.

Als KPÖ wollen wir daher:

1. Keine Schranken für den Ausbau des Gesundheitswesens

Öffentliche Investitionen in den Gesundheits- und Pflegebereich sind dringend geboten. Daher treten wir dafür ein, dass dieser Bereich aus den Bestimmungen des Binnenmarktes herauszunehmen ist. Zudem müssen Investitionen in diesem Bereich von haushaltspolitischen Vorgaben ausgenommen sein.

2. Kein Profit mit öffentlicher Forschung und Wissen

Ein Großteil der Grundlagenforschung im medizinischen Bereich, in der Pharmaindustrie und im medizintechnischen Bereich wird mittels öffentlicher Gelder finanziert und findet in öffentlichen Einrichtungen statt. Daher treten wir dafür ein, dass mit öffentlichen

Geldern finanzierte Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit auch als Gemeineigentum zur Verfügung stehen.

Immer häufiger sind wichtige pharmazeutische Produkte, die keinem Patentschutz mehr unterliegen und wenig Gewinn abwerfen nicht oder nur eingeschränkt verfügbar. Hier stellt sich automatisch die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit lebenswichtiger Güter. Die Lieferketten pharmazeutischer Produkte müssen transparent nachvollziehbar gemacht werden. Darüber hinaus muss die Produktion der Vor- und Zwischenstufen sowie die Endfertigung vorwiegend von Antibiotika und Schmerzmedikamente wieder in Europa angesiedelt werden. Eine epidemiefeste Vorratshaltung von Arzneimitteln ist zu gewährleisten.

3. Zugang zu Gesundheit für alle

Wer sich in einem anderen Mitgliedsstaat aufhält und dort gesundheitliche Versorgung benötigt, muss sie erhalten. Der Zugang zu Gesundheitssystemen anderer EU-Staaten muss über die EHIC (European Health Insurance Card) niedrigschwellig und diskriminierungsfrei sichergestellt sein. Das bedeutet insbesondere auch einen flächendeckenden und kostenlosen Zugang zu reproduktiver Medizin, wie dem sicheren Zugang zu Verhütungsmitteln und Schwangerschaftsabbrüchen. Für Schwangere braucht es eine umfassende, kostenlose Gesundheitsfürsorge.

4. Gute Pflege für alle

Wir brauchen europäische Mindeststandards für Löhne und Arbeitsbedingungen in der Pflege mit verbindlichen Personalschlüsseln und reguläre Beschäftigungsverhältnisse mit Sozialversicherungsschutz im Bereich der 24-Stunden Pflege mit gesetzlichen Arbeitszeiten, Urlaub und Mindestlohn, damit in diesem Bereich nicht länger Lohndumping auf Kosten der Pfleger:innen und Gepflegten stattfindet.

Die KPÖ als Teil der europäischen Linken



Die KPÖ ist Mitglied der European Left, die 2004 als Zusammenschluss von sozialistischen, kommunistischen und linken Parteien gegründet wurde. Mittlerweile gehören ihr über 40 Parteien und Organisationen an. In der European Left vernetzen wir uns zu internationalen Themen wie Frieden, Arbeits- und Sozialpolitik, Jugend, dem ökologischen Umbau und zur Zukunft Europas. Im Europäischen Parlament ist sie mit Abgeordneten aus 13 Ländern vertreten.

KPO

kpo.e.at